

wir dürfen uns nicht verzetteln. Wir können Geld nicht mehrfach ausgeben und sollten deshalb ein Projekt konzentriert, intensiv und zielstrebig umsetzen. In diesem Fall ist es die Absetzbarkeit der arbeitsintensiven Dienstleistungen. Deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen, denn wir glauben, dass der eingeschlagene Weg der derzeit sinnvolle ist. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und CDU)

**Präsident Fritsch:**

Die Abgeordnete Hesselbarth spricht für die DVU-Fraktion.

**Frau Hesselbarth (DVU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nicht Fisch, nicht Fleisch - genau das, meine Damen und Herren von links außen, ist der Inhalt des von Ihnen vorliegenden Antrags. Doch was kann schließlich schon dabei herauskommen, wenn man sich in heuchlerischer Manier als der Interessenvertreter selbstständiger Handwerker aufspielt? - Ein Wischiwaschi-Schaufensterantrag ohne erkennbaren Inhalt.

(Beifall bei der DVU)

Sie hatten gerade die Gelegenheit, unseren Antrag auf eine Bundesratsinitiative zur steuerlichen Entlastung handwerklicher Leistungen durch Anwendung reduzierter Mehrwertsteuersätze auf arbeitsintensive Dienstleistungen zu unterstützen.

Der DVU-Antrag befindet sich in Übereinstimmung mit den Forderungen der Brandenburger Handwerkskammern und dem Zentralverband des Deutschen Handwerks. Sie kommen hier mit diesem Alibi-Pamphlet.

Im Übrigen, Frau Kaiser, Sie regen sich auf, dass Ihre Anträge abgelehnt werden, obwohl Sie Ihrer Meinung nach Themen aufgreifen, denen alle Abgeordneten zustimmen müssen - siehe zum Beispiel Kita-Debatte. Sie tun aber nichts anderes, womit dieser Einheitsbrei hier in Brandenburg noch deutlicher wird. Auch das ist absurd.

(Beifall bei der DVU)

Kommen wir zu den einzelnen Punkten Ihres Antrags. Der Landtag soll den Beschluss des EU-Finanzministerrates unterstützen, dass EU-Mitgliedsländer bis 2010 einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf arbeitsintensive Dienstleistungen erheben können. Natürlich, meine Damen und Herren von links außen, unterstützen wir diesen Beschluss. Ich denke, hier im Saal ist niemand, der dies nicht tut. Doch wozu brauchen wir hierzu einen Landtagsbeschluss?

Unter Punkt 2 Ihres Antrags kommt es noch schlimmer. Der Landtag soll sich für eine Antragstellung seitens der Bundesregierung bei der EU-Kommission aussprechen, um die Erhebung der ermäßigten Mehrwertsteuersätze für arbeitsintensive Dienstleistungen zu ermöglichen. Ja, meine Damen und Herren Langschläfer von der PDS,

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

genau dies forderten wir als DVU-Fraktion mit unserer Bundesratsinitiative.

(Beifall bei der DVU)

Doch anders als bei Ihrem vorliegenden Antrag beinhaltet dieser eine ganz klare Verpflichtung an die Bundesregierung zu handeln. Wenn wir dagegen Ihren Antrag richtig gelesen haben, soll wohl der Herr Landtagspräsident nach Berlin fahren, vorsichtig bei Frau Merkel anklopfen, so er überhaupt einen Termin bekommt, und sie auf Knien darum bitten. Doch was passiert, wenn die Bundesregierung, die die Umsatzsteuer bekanntlich nicht senken, sondern bis zum Jahre 2007 auf 19 % erhöhen will, auf diese Bitte hin Nein sagt? Dann passiert überhaupt nichts; denn Ihr Antrag beinhaltet keinerlei Verpflichtung der Bundesregierung.

Erstaunderweise ist eine Verpflichtung der Landesregierung wie durch unsere Bundesratsinitiative, gegenüber der Bundesregierung bzw. über den Bundesrat zu handeln, in Ihrem Antrag überhaupt nicht enthalten. Warum wohl? - Offenbar fürchten Sie, meine Damen und Herren von links außen, dass diese Landesregierung nicht handeln will, und zwar möglicherweise deshalb nicht, weil Herr Ministerpräsident Platzek in seiner Funktion als SPD-Bundesvorsitzender quasi mit am Berliner Koalitionstisch sitzt und der Koalitionsvertrag nun einmal die Erhöhung der Mehrwertsteuersätze statt einer Absenkung vorsieht und weil Herrn Platzeks Parteifreund Steinbrück als Bundesfinanzminister Steuermittel hereinzuholen gedenkt, wo er nur kann. Also wollen Sie, meine Damen und Herren von der PDS, diese Landesregierung am besten überhaupt nicht mit einer Forderung auf Einführung ermäßigter Mehrwertsteuersätze belasten. Wir haben es hierbei sozusagen mit einer schwarz-rot-dunkelroten großen Koalition in Brandenburg zu tun und Sie, meine Damen und Herren von der PDS, sind nicht nur in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern im real existierenden Kapitalismus der Bundesrepublik Deutschland angekommen.

(Beifall bei der DVU)

**Präsident Fritsch:**

Das Wort erhält die CDU-Fraktion. Es spricht die Abgeordnete Richstein.

**Frau Richstein (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was mir in diesem Hause immer wieder auffällt und missfällt, mich andererseits aber auch nicht besonders verwundert, ist die gemeinsame Intention von PDS und DVU.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS und DVU)

Das können wir heute sehr gut erkennen, weil wir kurz hintereinander zwei Anträge zum gleichen Thema zu behandeln haben, bei denen sich Populisten von rechts und links einig sind,

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS und DVU)

dass sie damit unerfüllbare Forderungen stellen und Hoffnungen wecken, die wirklich nicht erfüllt werden können. Dadurch werden Sie mitverantwortlich für den Verdruss an der Politik,

den Sie dann wiederum beklagen, wenn die nächsten Wahlen vor der Tür stehen. Das ist keine Politik, sondern reine Stimmungsmache.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich aber jetzt auf den Antrag der Fraktion der PDS zu sprechen kommen. Es ist schon gesagt worden, dass es einen Bericht der Europäischen Kommission zu den Ergebnissen der versuchsweisen Anwendung eines ermäßigten Mehrwertsteuersatzes gibt, der im Juni 2003 vorgelegt wurde. Ich möchte gern aus der Zusammenfassung dieses Berichts zitieren, weil das in Ihrem Antrag anders formuliert worden ist und Herr Christoffers das auch anders gelesen hat:

„Bei der versuchsweisen Anwendung eines ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf arbeitsintensive Dienstleistungen konnte unter Berücksichtigung der von den Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellten Informationen und in der inhärenten Beschränkung der angewandten analytischen Methoden keine eindeutig positive Auswirkung dieser Mehrwertsteuerermäßigung auf die Beschäftigung festgestellt werden. Im Hinblick auf die Eindämmung der Schattenwirtschaft wurde die gleiche Beobachtung gemacht.“

Herr Christoffers, natürlich wäre es löblich, wenn die durch die Mehrwertsteuerermäßigung entstandene Spanne letztendlich direkt an die Kunden weitergegeben worden wäre. Wie aber festgestellt worden ist, war auch dies leider nicht der Fall.

Nun kann man sich fragen - diese Frage ist auch gestellt worden -, warum die Europäische Union den oben genannten Versuch nach zähen Verhandlungen und dabei gegen den Willen Deutschlands dennoch verlängert hat und ob die Vernunft anderer nicht auch für uns hilfreich sein könnte.

**Präsident Fritsch:**

Frau Abgeordnete, möchten Sie eine Zwischenfrage beantworten?

**Frau Richstein (CDU):**

Bitte sehr!

**Christoffers (Die Linkspartei.PDS):**

Frau Kollegin, ich möchte Sie zu zwei Sachverhalten befragen. Können Sie mir erstens darin zustimmen, dass die Einschränkung, die Sie hier zitiert haben, der eigentliche Kernsatz ist, weil die Europäische Kommission ja selbst sagt: „in Abgrenzung der angewandten analytischen Methoden“?

Stimmen Sie mir zweitens darin zu, dass in dem von Ihnen zitierten Bericht zur Mehrwertsteuerrichtlinie ausdrücklich der Hinweis der Europäischen Union enthalten ist, dass angesichts der anhaltenden Konjunkturschwäche und Stagnationsphase eine Absenkung der Mehrwertsteuersätze jetzt möglicherweise eine andere Bedeutung als im Jahre 2000 hätte?

**Frau Richstein (CDU):**

Ich stimme Ihnen in beiden Punkten nicht zu.

Lediglich in zwei Ländern wurde ein rechnerischer Aufwuchs bei den Arbeitsplätzen festgestellt, und zwar zum einen in Frankreich mit 40 000 Arbeitsplätzen und zum anderen in Italien mit 65 000 Arbeitsplätzen, wobei berücksichtigt werden muss, dass in dem gleichen Zeitraum in Italien noch andere steuerrechtliche Veränderungen wirksam wurden, sodass ein ursächlicher Zusammenhang gar nicht klar erkennbar ist. Natürlich besteht in diesen Ländern auch die Befürchtung, dass die neu gewonnenen Arbeitsplätze wieder verloren gehen und natürlich rühren daher auch die politischen Bemühungen, den Versuch fortzuführen. Im Übrigen gab es in Frankreich zwischenzeitlich eine Wahl, bei der Wahlversprechen gemacht worden sind dahin gehend, dass der Versuch ausgedehnt werden soll.

Die Frage, die dabei nicht berücksichtigt wird, ist die, wie es eigentlich um die Kosten des Modellversuchs steht. In dem Bericht der Europäischen Union wird deutlich, dass jeder der in Frankreich vor allem im Baugewerbe geschaffenen Arbeitsplätze durch die dadurch entstandenen Steuerverluste 89 000 Euro gekostet hat. Eine derartige Subvention trieb die deutsche Staatsverschuldung nur noch weiter in die Höhe.

Das Mannheimer Institut für Mittelstandsforschung stellte in einer im Jahre 2003 von der baden-württembergischen Landesregierung in Auftrag gegebenen Untersuchung zwar fest, dass mit einer derartigen Maßnahme Arbeitsplätze geschaffen werden könnten; aber die Modellrechnung anhand eines so genannten Realalles hat auch gezeigt, dass der Erwartung von 54 000 Arbeitsplätzen Steuerverluste von mehr als 4 Milliarden Euro gegenüberstehen würden. Das bedeutete, dass wir jeden Arbeitsplatz mit 74 000 Euro subventionierten. Das ist so ähnlich wie bei den französischen Erfahrungen.

Das ist nun einmal Arbeitsmarktpolitik der PDS, wie wir sie kennen und wie sie hier schon oft zur Schau gestellt wurde.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ohne auf die Kosten zu schauen, soll für einen guten Zweck die Staatsverschuldung weiter in die Höhe getrieben werden. Bezahlen können das dann die späteren Generationen. Ich möchte einmal wissen, wie Sie das Ihren Kindern erklären wollen.

Verschonen Sie uns also bitte mit solchen teuren Rezepten. Lassen Sie uns stattdessen darauf schauen, was wirklich Arbeitsplätze schafft. Das sind die Reduzierung von Steuern und Sozialabgaben,

(Lachen bei der DVU)

der Abbau staatlicher Regulierungen und die Bekämpfung der Schwarzarbeit. Hier geht die Bundesregierung den richtigen Weg. Wir werden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung reduzieren. Bürokratieabbau ist im Übrigen nicht nur hier im Sonderausschuss des Landtags, sondern auch im Kanzleramt angekommen.

Zur Schattenwirtschaft äußert sich der Bericht der Europäischen Union, aus dem ich jetzt noch einmal zitieren möchte, wie folgt:

„Unabhängig von der Mehrwertsteuerermäßigung ist jedoch eine wichtige Alternative bei der Bekämpfung der